

Kein Ost-West-Gegensatz: Regionale Unterschiede der deutschen politischen Kultur

Mannewitz, Tom

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mannewitz, T. (2013). Kein Ost-West-Gegensatz: Regionale Unterschiede der deutschen politischen Kultur. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 62(2), 205-215. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96378-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Kein Ost-West-Gegensatz: Regionale Unterschiede der deutschen politischen Kultur

Tom Mannewitz



Dr. Tom Mannewitz,
Postdoc-Stipendiat der
Fritz-Thyssen-Stiftung
und Lehrbeauftragter
der TU Chemnitz.

Zusammenfassung

Der Text qualifiziert die populäre Ost-West-These anhand zweier zentraler Kategorien (Effektivität und Legitimität der Demokratie) als unterkomplex. In Deutschland liegen mehrere politisch-kulturelle Brüche quer zueinander, etwa zwischen prosperierenden und strukturschwachen Regionen.

1. Ein Land, zwei politische Kulturen?

Joachim Gaucks Aussage zur Gründungsveranstaltung der evangelischen Nordkirche, die Ostdeutschen werden wohl noch einmal 20 Jahre für einen „Mentalitätswandel“ brauchen, „um von dem Status der Abhängigkeit und der Unterdrückung in den Status eines freien Menschen zu gelangen“¹, fand kaum Widerspruch in der Gesellschaft. Von wem auch? Schließlich teilt die Mehrheit der Wissenschaftler und Publizisten seit Jahren die Einschätzung, 40 Jahre real existiert habender Sozialismus und/oder die politisch-wirtschaftlich-soziale Transformation hätten einen demokratieunzufriedenen, partizipationsscheuen, autoritätshörigen und gleichheitsfixierten Bürger aus der „Ex-DDR“ geformt.² Das Bild vom politisch-kulturellen Graben, der entlang der früheren Mauer verlaufe, hält sich bis heute hartnäckig in der Gesellschaft. Die Auffassung, die sogenannte „innere Einheit“ sei erreicht, ist eine Minderheitenposition, unter anderem vertreten durch Hans-Joachim Veen.³

Erst vor Kurzem konstatierten allerdings der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes und der Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, die sozioökonomischen Entwicklungen ließen es nicht zu, von einem einheitlichen Raum zwischen Ostsee und Erzgebirge zu sprechen; der Osten habe sich ausdifferenziert. Ebenso die alten Bundesländer bildeten den beiden Berichten zufolge keinen homogenen Raum.⁴ Der Tenor der beiden Studien ist nicht neu. Seit einigen Jahren schon signalisieren ähnliche Publikationen von öffentlicher Seite eine Regionalisierung Deutschlands vor allem auf

wirtschaftlicher und sozialer Ebene. Erstaunlicherweise veranlassten sie in der Vergangenheit die Wissenschaft nicht dazu, Regionalisierungsprozesse *in der politischen Kultur* zu untersuchen. Die Soziologen und Politologen pflegen stattdessen eine seit Jahren fruchtlose Debatte um „Einheit oder Ost-West-Gegensatz“ zu führen.⁵ Faktoren, von denen angenommen wird, sie zeichnen für politisch-kulturelle Unterschiede im internationalen Vergleich verantwortlich – Urbanisierung, Konfession, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit etc. –, scheinen bei den Bundesländern keine Geltung beanspruchen zu dürfen. Dass diese Befunde anscheinend unbemerkt blieben, verwundert umso mehr, als sich in der Debatte um die politische Kultur Deutschlands durchaus Vertreter der sogenannten Situationsthese identifizieren lassen, der Auffassung also, Unterschiede zwischen Ost und West ließen sich auf die Differenzen vor allem bei strukturellen Rahmendaten (sozioökonomischer Standard, Einkommens- und Rentenniveau, Arbeitslosigkeit usw.) zurückführen.

Regionalisierung der politischen Kultur

Die Regionalisierung dieser Faktoren spricht für eine Regionalisierung der politischen Kultur und stellt zugleich die in der Politische-Kultur-Forschung etablierte Ost-West-These infrage. Anhand empirischer Daten zu zwei zentralen Kategorien der Politische-Kultur-Forschung – Legitimität und Effektivität der Demokratie – werde ich diese Behauptung untermauern. Wie kommen die regionalen Differenzen aber zustande, wenn es keinen klaren Ost-West-Gegensatz gibt? Aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Einflüsse dürften dabei eine maßgebliche Rolle spielen. Deshalb werden hier insgesamt neun vielversprechende Faktoren herangezogen. Aus den Befunden leiten sich Einsichten in die derzeitige Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie (und deren Ursachen) ab: Wo befinden sich regionale Instabilitätsherde, welche Gegenden tragen maßgeblich zur Persistenz des freiheitlichen Systems bei? Worin besteht der beste Demokratieschutz? Ein Ausblick auf die Konsequenzen für die wissenschaftliche wie publizistische Debatte schließt den Beitrag ab.

neun Faktoren

2. Effektivität und Legitimität

Politische Kultur ist kein monolithischer Block: So viele Wissenschaftler sich mit ihr auseinandergesetzt haben, so viele Begriffskonzeptionen gibt es.⁶ Seymour Martin Lipset identifizierte die Effektivität und Legitimität eines politischen Systems als zentrale Kategorien.⁷ Er beschränkte sich damit auf jene Orientierungen, die er für die Stabilität des politischen Systems als bedeutsam erachtete. Damit befindet er sich in einer Linie mit dem wissenschaftlichen Mainstream, der nach den Ursachen für Demokratiestabilität bzw. -zusammenbrüche fragt.

Effektivität

Effektivität bemisst sich nach der politischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines politischen Regimes, ist aber nicht mit ihr gleichzusetzen. Der Begriff bezeichnet vielmehr die gesellschaftliche Einschätzung dieser Leistungsfähigkeit, ist also ein subjektives Maß für jenen Nutzen, den das politische System für den Einzelnen und die Gesellschaft zu bestimmten Kosten stiftet. Dazu gehören etwa die Beurteilungen der Leistungen auf dem Arbeits-

markt, bei der Lohnentwicklung oder bei intergouvernementalen Verhandlungen. Politische Skandale und Korruption gehören gleichfalls zur Effektivität. Sie ist anfällig für kurzfristige Veränderungen und daher höchst volatil.

Legitimität ist ein Synonym für die Als-rechts-und-verbindlich-Geltung des politischen Regimes um seiner selbst willen. Sie drückt sich darin aus, dass die Bevölkerung Demokratie als „the only game in town“ betrachtet, und sorgt so für den zuverlässigen Ablauf politischer Prozesse und dafür, dass die Menschen nicht gleich gegen das politische Regime anrennen, wenn eine wirtschaftliche Rezession oder ein politischer Skandal ins Haus steht. Legitimität wandelt sich nur zögerlich und unter langfristigem Einfluss. Weil sie in Krisenzeiten als Stabilitätsreserve fungiert, überwiegt ihre Bedeutung gegenüber der Effektivität. Allerdings besteht zwischen beiden ein wechselseitiges Einflussverhältnis: Befindet sich die Effektivität des politischen Regimes über längere Zeit auf niedrigem Niveau, delegitimiert dies die Politik auf lange Sicht. Umgekehrt kann eine über Jahre stabile Effektivität sich in einem Legitimitätsanstieg der Demokratie auswirken – wie etwa in der frühen Bundesrepublik, wo Wiederaufbau und Wirtschaftswunder dem politischen Regime zu breiter – und stabiler – Akzeptanz verhalfen.

Legitimität

3. Die Effektivität der deutschen Demokratie zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung

Demokratieeffektivität ist eine Art Fieberthermometer für das politische System: Sie zeigt an, wie zufrieden bzw. unzufrieden die Bürger mit den Leistungen der Demokratie sind, und welchem Handlungsdruck die Politik dadurch unterliegt. Um sie zu messen, fragen Meinungsforschungsinstitute die deutschen Bürger in aller Regel: „Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“⁸ Die Befragten müssen sich für oder gegen die Demokratie entscheiden – ihnen bleibt keine neutrale Kategorie. Daher sind die Befunde aussagekräftig. Zwei Dekaden nach der Friedlichen Revolution ist die Zufriedenheit in ganz Deutschland höchst unterschiedlich verteilt (s. nächste Seite).

Selbst wenn diese Zufriedenheitswerte auf den ersten Blick niedrig erscheinen mögen, sie entsprechen dem Durchschnitt westeuropäischer Demokratien. Sie sind außerdem nur eine leistungsfixierte Momentaufnahme und insofern unbedenklich. Was die Verteilung im gesamten Land angeht, so liegt der bundesweit größte Unterschied bei gut 25 Prozentpunkten. Der Nordwesten bildet mit Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Spitzengruppe. Mit Abstand am schlechtesten fällt die Leistungsbilanz in einem mitteldeutschen Bundesland aus – nämlich in Thüringen, wo Demokratiezufriedenheit gerade mal für ein Drittel der Bürger kennzeichnend ist.

Tabelle 1: Demokratieeffektivität (aufsteigend, grau hinterlegt die ostdeutschen Länder)

Bundesland	Demokratieeffektivität in Prozent
Thüringen	37,9
Berlin (Ost)	39,9
Mecklenburg-Vorpommern	40,1
Brandenburg	41,8
Sachsen	41,9
Bremen	43,2
Sachsen-Anhalt	43,5
Berlin (West)	57,3
Saarland	58,1
Baden-Württemberg	58,2
Hessen	
Bayern	59,1
Rheinland-Pfalz	59,3
Niedersachsen	62,9
Nordrhein-Westfalen	64,0
Schleswig-Holstein	64,6
Hamburg	65,2

Quellen: Politbarometer West 2010; Politbarometer Ost 2010.

Die Durchschnittswerte bei der Effektivität sprechen eine eindeutige Sprache: Westdeutsche sind demokratiezufriedener (59,1 Prozent) als Ostdeutsche (40,9 Prozent). Ost- und West-Durchschnittswerte trüben jedoch den Blick für Differenzen innerhalb der beiden Gebiete: Gegen den oft postulierten Ost-West-Gegensatz spricht nämlich Bremens schlechter Effektivitätswert, der weit unter dem Westschnitt und eher im ostdeutschen Mittelfeld liegt. Die Hansestadt ist, was die Demokratieeffektivität in Westdeutschland angeht, das Schlusslicht. Der große Abstand zu den anderen westlichen Ländern frappt. Bremen ist damit der sprichwörtliche weiße Rabe, den zu erklären Aufgabe der Sozialwissenschaft ist. Mit einem Nord-Süd-Gefälle ist der Situation in den deutschen Regionen nicht beizukommen: So liegen zwischen den beiden Nordlichtern Bremen und Hamburg über 20 Prozentpunkte. Eine größere Kluft liegt tatsächlich zwischen Bremen und Ostdeutschland einerseits und den restlichen Ländern andererseits – Anzeichen einer bislang unbekannt gebliebenen Kluft?

4. Die Legitimität der deutschen Demokratie zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung

Die Als-rechtens-Geltung der Demokratie ist für deren Fortbestand bedeutsamer als die Effektivität. Sie sorgt außerdem für das Funktionieren des politischen Betriebs. Bildlich gesprochen, ist die gesellschaftliche Legitimität das Schmiermittel der politischen Maschinerie, damit sie – ohne, dass es „quietscht“ und „ruckt“ – die Forderungen und die Wünsche der Gesellschaft in politische Entscheidungen umsetzen kann.

Zu ihrer Messung fragen Meinungsforschungsinstitute in aller Regel nach der Bewertung der Demokratie-Idee. Die Formulierung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) – eines der größten Umfrageprojekte in Deutschland – lautet: „Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind.“ Die Befragten haben sich – wie bei der Frage nach der Zufriedenheit – für oder gegen die Demokratie zu entscheiden. Das hat den Vorteil, dass die Menschen „Farbe bekennen“ müssen. Ihre Haltung zur Demokratie-Idee können sie trotzdem abstufen, je nachdem, ob sie „sehr“, „ziemlich“ oder „etwas“ dafür oder dagegen sind.

Tabelle 2: Demokratielegitimität (aufsteigend, grau hinterlegt die ostdeutschen Länder)

Bundesland	Demokratielegitimität in Prozent
Berlin (Ost)	83,3
Berlin (West)	86,1
Mecklenburg-Vorpommern	92,9
Sachsen-Anhalt	94,7
Sachsen	94,9
Brandenburg	96,8
Niedersachsen	97,0
Baden-Württemberg	97,2
Thüringen	97,4
Saarland	97,6
Nordrhein-Westfalen	98,3
Bayern	98,4
Hessen	98,5
Bremen	100,0
Hamburg	
Rheinland-Pfalz	
Schleswig-Holstein	

Quelle: GESIS, ALLBUS 2008 – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, Köln 2012.

Die Legitimitätswerte liegen deutlich über den Effektivitätswerten – das ist in westlichen Demokratien der wünschenswerte Normalfall.⁹ Es bedeutet, die Bürger beginnen trotz Unzufriedenheit nicht die demokratischen Prinzipien infrage zu stellen. Gleichwohl bleiben regionale Unterschiede nicht aus: Mit Abstand am schlechtesten kommt die Demokratie in der Bundeshauptstadt weg. „Demokratische Leuchttürme“ sind die westdeutschen Hanseaten: Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein. Zwei von ihnen befanden sich bereits in der bundesweiten Spitzengruppe bei der Effektivität. In Rheinland-Pfalz sind ebenfalls *alle* Befragten von der Demokratie-Idee angetan – wenngleich in unterschiedlichen Intensitäten, die hier aber nicht abgebildet sind. Rund 15 Prozentpunkte trennen die „Spitzengruppe“ vom „Schlusslicht“ Berlin.

Im Länderdurchschnitt bewegt sich die Demokratielegitimität bei 96,1 Prozent. Mit der prominenten Ausnahme Berlin gilt die Demokratie in der *gesamten* Bundesrepublik als überaus legitim, als „the only game in town“¹⁰.

Zwischen den meisten Ländern bestehen nur kleinere Differenzen. Selbst wenn der nationale Minimalwert im Osten und der Maximalwert im Westen liegt, so unterscheiden sich die Durchschnitte nur um 3,3 Prozentpunkte voneinander: Liegen sie zwischen Oder und Elbe bei 93,3 Prozent, kommen die restlichen Länder auf einen Schnitt von 97,6 Prozent. *Innerhalb* der beiden Gebiete schwankt die Demokratielegitimität jedoch um gut 14 Prozentpunkte! Der Grund hierfür ist der „Ausreißer“ Berlin. Wer folglich die Als-rechts-und-verbindlich-Geltung der Demokratie zugrunde legt, kann nicht recht von einer politisch-kulturellen Kluft zwischen „alten“ und „neuen Bundesländern“ sprechen. Eine Kluft besteht eher zwischen Berlin und dem Rest der Republik.

5. Ursachen: „Berlin-Faktor“ und Wirtschaftskraft

Was die Effektivität und Legitimität der deutschen Demokratie angeht, so gleicht kaum ein Land dem anderen. Besonders groß sind die Unterschiede einmal zwischen Ostdeutschland und Bremen einerseits sowie dem Rest der Republik andererseits (Effektivität), ein anderes Mal fällt Berlin aus der Reihe der Bundesländer (Legitimität). Umso drängender ist die Frage nach den Ursachen dieser Regionalisierung. In Betracht gezogen werden drei politische (Ost-West-These, Befürwortung der Sozialismus-Idee, Vertrauen in den Bundestag), drei wirtschaftliche (Arbeitslosenquote, Wahrnehmung der eigenen Wirtschaftslage, Wirtschaftskraft eines Landes) und drei soziale (Armutsquote, Altersstruktur, Konfessionalisierungsgrad) Erklärungsansätze.

drei Erklärungsansätze

Tabelle 3: Erklärungen für regionale Unterschiede (Korrelationen)¹¹

	Politik			Wirtschaft			Soziales		
	Ost-West-Unterschied	Akzeptanz Sozialismus-Idee	Vertrauen in den Bundestag	Arbeitslosigkeit	Beurteilung eigene Wirtschaftslage	Wirtschaftskraft	Konfessionalität	Altersstruktur	Armutsquote
Demokratielegitimität	0,77	-0,63	---	-0,56	---	0,58	0,65	-0,68	-0,56
Demokratieeffektivität	0,86	-0,68	-0,70	-0,78	0,57	0,97	0,77	-0,82	-0,79

Warum erfährt die Demokratie in den Ländern trotz eines generell hohen Levels unterschiedliche Legitimität? Warum liegt etwa zwischen Berlin und dem Rest der Republik ein beträchtlicher Unterschied? Unter allen einbezogenen Faktoren erweist sich überraschenderweise der Ost-West-Gegensatz als geeignetste Erklärung ($r = 0,77$)¹². Allerdings ist dieser Befund mit Vorsicht zu genießen. Unter allen Faktoren hat er den größten, insgesamt aber keinen allzu großen Einfluss: Immerhin rund 40 Prozent der regionalen Unterschiede kön-

nen *nicht* auf ihn zurückgeführt werden.¹³ Ein Blick auf die Länder bestätigt diesen Eindruck: So schneidet etwa das ostdeutsche Bundesland Thüringen besser ab als Baden-Württemberg und Niedersachsen, Westberlin schlechter als die meisten Ost-Länder.

Zutreffender scheint eine Erklärung zu sein, die auf Eigenschaften rekurriert, die *in ihrer Kombination* Berlin vom Rest der Bundesländer abheben: Da wäre etwa die hohe Bevölkerungsdichte, bei der die Spreemetropole alle anderen Länder bei Weitem überragt. Sie und das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Kulturen im „Melting Pot“ Berlin (höchster Ausländeranteil in Ostdeutschland) sorgen für soziale Konflikte. Die bundesweit höchste Jugendarbeitslosenquote, ein seit Jahren desolater öffentlicher Haushalt und das in einem ostdeutschen Land höchste Maß materieller Gegensätze treten außerdem hinzu. Derartige Faktoren können die Delegitimation der Demokratie erklären helfen. Überdies lebt in Berlin mit den Muslimen ein nicht unerheblicher Bevölkerungsanteil, der demokratischen Idealen eher distanziert gegenübersteht.¹⁴ Diese nur hier anzutreffende Ursachenkombination erklärt die niedrige Demokratielegitimität genauer ($r = 0,90$) als die Ost-West-These.

Der Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und wirtschaftlichem Output in Deutschland ist mittlerweile „ein alter Hut“ in der Politische-Kultur-Forschung.¹⁵ Demzufolge ist gut beraten, wer in der Wirtschaftskraft eines Landes die Ursache für regional unterschiedliche Effektivität sucht ($r = 0,87$). Der Einfluss ist sogar stärker als die Zugehörigkeit eines Landes zum Osten bzw. Westen. Länder, die aufgrund einer florierenden Ökonomie, sprudelnder Steuereinnahmen und geringer Verschuldung finanziell besser dastehen als andere – etwa die Baden-Württemberger, die Hessen und die Bayern –, bewerten die Demokratie günstiger. Entsprechend schlechter schneidet die Demokratie in Regionen ab, in denen sie – aus gleich welchen Gründen – nicht die Früchte des Wohlstands trägt. Dies gilt für die ostdeutschen Länder, die seit der Wende unter einem strukturellen Wirtschaftsdefizit zu leiden haben, aber auch für einige „Westinseln des Niedergangs“¹⁶. Damit scheint – überspitzt formuliert – die Dichte der Straßenlöcher in einem Land aussagekräftiger zu sein als die politische Historie, wenn es um die Demokratieeffektivität geht.

6. Eine stabile Demokratie

Welche Aussagen lassen die Befunde über die derzeitige Festigung der deutschen Demokratie zu? Seymour M. Lipset zufolge ist ein politisches Regime am stabilsten, wenn es zugleich legitim und effektiv (A) ist, schon etwas weniger stabil ist eine ineffektive, aber legitime (B), noch labiler wiederum eine effektive, aber illegitime Demokratie (C); in einem Stadium höchster Gefahr befindet sich eine Demokratie schließlich dann (D), wenn sie weder als effektiv noch als legitim gilt (siehe Tabelle 4). Als Schwellenwert zwischen hoher und niedriger Effektivität bzw. Legitimität kann sinnvollerweise der für die Demokratie grundlegende 50-Prozent-Punkt herangezogen werden – schließlich beruhen die meisten Entscheidungen auf Mehrheitsentscheid.

Tabelle 4: Demokratiestabilität nach Effektivität und Legitimität

		Effektivität	
		+	-
Legitimität	+	A (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (West), Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein)	B (Berlin (Ost), Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
	-	C	D

Die Deutschen sind
Demokraten

Deutschlands Demokratie ist gefestigt, denn die Felder C und D in der Tabelle bleiben leer: Selbst wenn die politische Kultur von Regionalisierung geprägt sein mag, reichen diese Unterschiede nicht aus, um eine bestimmte Region als akuten „Instabilitätsherd“ für die Demokratie zu tadeln. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es einen über *alle* Landesgrenzen gehenden demokratischen Grundkonsens. Die Deutschen sind Demokraten – ob am Rhein, an der Isar oder der Elbe.¹⁷ Nur was die Leistungen der Demokratie anbelangt, zeigt sich die Bundesrepublik gespalten: Zufriedene Demokraten finden sich ausschließlich in den „alten Bundesländern“. Als vornehmlich ineffektiv gilt die Demokratie hingegen im Bundesland Bremen mit der von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Stadt Bremerhaven und in allen ostdeutschen Bundesländern. Folglich geht vor allem von diesen Regionen ein destabilisierendes Moment für die demokratischen Strukturen aus. Der beste Demokratieschutz scheint langfristig in einer prosperierenden Wirtschaft zu liegen: „It’s the economy, stupid!“ – das Mantra der Berater Bill Clintons könnte ebenso von einem Politische-Kultur-Forscher stammen, der Deutschland genauer unter die Lupe nimmt.

Alarmglocken müssen allerdings nicht geläutet werden, denn obwohl die Unzufriedenheit mit den demokratischen Leistungen in den strukturschwachen Regionen *vergleichsweise* hoch ist, rütteln die Bürger nicht an den demokratischen Grundfesten. Der Befund – hohe Legitimität – ist nicht neu, gibt aber nach zwei Diktaturen auf deutschem Boden in nur einem Jahrhundert Grund zur Freude. Neu ist die Erkenntnis, nicht „der“ Osten trage zur Schwächung der Demokratie bei, sondern die wirtschaftsschwachen Regionen. Zwischen beiden Aussagen liegt ein Unterschied, der sich in der Freien Hansestadt Bremen manifestiert. Er scheint Wissenschaft und Medien bislang entgangen zu sein.

7. Die Ost-West-These: unterkomplex

Wer die Effektivität und die Legitimität der Demokratie zugrundelegt, dem kann zwei Dekaden nach der Wiedervereinigung die These von einem klaren Ost-West-Gegensatz in Deutschland nur schwer über die Lippen kommen. Wenn überhaupt, bestehen zwei andere politisch-kulturelle Gräben: einer zwischen den wirtschaftsstarken und -schwachen Regionen (Effektivität) und einer zwischen der Bundeshauptstadt und den restlichen 15 Ländern (Legitimität). Im Übrigen bietet sich dem Beobachter der Anblick einer politisch-kulturellen

Vielfalt, die sich in regionalen Unterschieden ausdrückt. „Kritische“ wie „zufriedene Demokraten“ (Pippa Norris) gibt es in ost- und west-, in nord- und süddeutschen Regionen. Drei bemerkenswerte Schlussfolgerungen lassen sich daraus ableiten:

Drei
Schlussfolgerungen

Erstens: Die schiere geografische *Verteilung* deutet auf zwei bislang unbekannt gebliebene Bruchlinien. Sie widerspricht dem klaren Ost-West-Gegensatz und stützt die Regionalisierungsthese. Dass die Sozialwissenschaft ihr bislang nicht nachgegangen ist, dürfte an ihrer Prämisse von zwei politisch-kulturell homogenen Regionen und der daraus folgenden Einteilung der Gesellschaft in zwei Teilgruppen liegen. Die Debatte, ob Differenzen zwischen ihnen vernachlässigbar oder Indikatoren eines kulturellen Bruchs sind, „ist bis heute nicht zuletzt geprägt von den politischen Positionen der Beteiligten bzw. einer gewissen Ratlosigkeit beim Rückgriff auf das Theorieangebot“¹⁸, resümiert etwa Roland Sturm. Wer mit einer a priori definierten Trennlinie kalkuliert, der läuft Gefahr, quer dazu sich entwickelnde Brüche gar nicht erst wahrzunehmen, weil er auf die bekannte Dichotomie fixiert ist. Offen gegenüber solchen Entwicklungen bleibt, wer zunächst die Länder politisch-kulturell vergleicht und anschließend nach den Ursachen für Parallelen und Divergenzen fragt.

Zweitens: Der Blick auf die *Ursachen* der Regionalisierung in Deutschland enthüllt ein Paradoxon, denn sie sprechen in Teilen sogar für die „innere Einheit“. Die relative Unzufriedenheit Ostdeutschlands und Bremens (einschließlich Bremerhavens) dürfte ihren Ursprung kaum darin haben, dass diese Regionen anders „ticken“ als der Rest der Republik. Vielmehr beurteilen alle Deutschen die Demokratie nach dem, was sie ihnen an Wohlstand bringt. Nur fällt dieser Wohlstand regional höchst unterschiedlich aus.

Drittens: Der Ost-West-Gegensatz wird als Ansatz zur Erklärung der regionalen Differenzen der Realität nicht gerecht. Er presst die durch Vielfalt geprägte politisch-kulturelle Landschaft Deutschlands in ein Prokrustesbett. Für die zwei neu entdeckten Bruchlinien sind soziale und wirtschaftliche Einflüsse verantwortlich zu machen. Damit haben aktuelle Faktoren offenkundig historische Faktoren in ihrem Einfluss auf die politische Kultur zumindest in Teilen abgelöst. Die Befunde ermutigen dazu, das Ost-West-Schema nicht unkritisch zu übernehmen. Die verschiedenen Facetten politischer Kultur – etwa der Nationalstolz, das Institutionenvertrauen, die politische Kompetenz – bieten hierfür vielerlei Anknüpfungspunkte.

Anmerkungen

- 1 dpa: Gauck: Einheit braucht noch viele Jahre, unter: <http://m.faz.net/aktuell/politik/inland/gruendung-der-nordkirche-gauck-einheit-braucht-noch-viele-jahre-11765707.html> (22. November 2012).
- 2 Siehe etwa Reißig 2001; Schroeder 2000; Greiffenhagen/Greiffenhagen 2002.
- 3 Vgl. etwa Veen 2012.
- 4 Vgl. Bundesministerium des Innern 2012, S. 4; Paritätischer Gesamtverband 2012, S. 5-9.
- 5 Siehe exemplarisch von Beyme/Niedermayer 1994; Falter/Gabriel/Rattinger 2000; dies. 2005; Fuchs/Roller/Weßels 2002; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993; Hollenstein 2012; Schneider 2013.
- 6 Vgl. Pickel/Pickel 2006.

- 7 Siehe Lipset 1963, S. 77-83.
- 8 Politbarometer West 2010, Köln 2012; Politbarometer Ost 2010, Köln 2012.
- 9 Vgl. die Beiträge in Norris 1999.
- 10 Linz/Stepan 1996, S. 5.
- 11 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit in den Bundesländern, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2522/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-sachsen-seit-1999/> (24. Januar 2013); Der Paritätische Gesamtverband 2012; EVS, European Values Study 2008. 4th wave, Germany, Köln 2010; GESIS, ALLBUS 2008 – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, Köln 2012; Oberreuter 2012, S. 84; Statista, Religionszugehörigkeit der Deutschen nach Bundesländern im Jahr 2011, unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201622/umfrage/religionszugehoerigkeit-der-deutschen-nach-bundeslaendern/> (21. Januar 2013); Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 2012, unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Bevoelkerungsforschung2010130107004.pdf?__blob=publicationFile (21. Januar 2013).
- 12 Gemessen wird die Pearson-Korrelation, die sich zwischen ± 1 (perfekt negativer/positiver Zusammenhang) und 0 (keinerlei Zusammenhang) bewegt.
- 13 Die erklärte Varianz ergibt sich aus dem Quadrat des Korrelationskoeffizienten.
- 14 Vgl. Bundesministerium des Innern 2007, S. 140-145.
- 15 Hinweise auf diesen Befund finden sich beispielsweise schon in der Pionierstudie der Politische-Kultur-Forschung von Almond/Verba 1963, S. 312f.
- 16 Oberreuter 2012, S. 84.
- 17 Siehe etwa auch Pollack 2006.
- 18 Roland Sturm, Politische Kultur, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre: Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenlehre, Frankfurt a. M. 2004, S. 302-323, hier: 316.

Literatur

- Almond, Gabriel/Verba, Sidney, 1963: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- von Beyme, Klaus/Niedermayer, Oskar (Hrsg.), 1994: *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 2007: *Muslime in Deutschland*, Berlin.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.), 2012: *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012*, Berlin.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.), 2012: *Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012*, Berlin.
- Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.), 2000: *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen der Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen.
- Dies. (Hrsg.), 2005: *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.), 2002: *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*, Wiesbaden.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia, 1993: *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München.
- Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia, 2002: *Zwei politische Kulturen? Wissenschaftliche und politische Unsicherheiten im Umgang mit der deutschen Vereinigung*, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz*, Opladen, S. 11-34.
- Hollenstein, Oliver, 2012: *Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über West- und Ostdeutschland*, Wiesbaden.
- Lipset, Martin, 1963: *Political Man. The Social Bases of Politics*, Princeton.

- Linz, Juan J./Stepan, Alfred, 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation, Baltimore.
- Norris, Pippa (Hrsg.), 1999: Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford.
- Oberreuter, Heinrich, 2012: Die Rolle der „neuen“ und „alten“ Länder im deutschen Bundesstaat, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Zwischenbilanzen, Thüringen und seine Nachbarn nach 20 Jahren, Wien/Köln/Weimar, S. 77-94.
- Pickel, Gert/Pickel, Susanne, 2006: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden, Wiesbaden.
- Pollack, Detlef, 2006: Wie ist es um die innere Einheit Deutschlands bestellt?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B30-31/2006, S. 3-7.
- Reißig, Rolf, 2001: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands seit der Vereinigung. Berlin.
- Schneider, Christoph, 2013: Regionale Unterschiede der politischen Kultur in Deutschland und Europa, Frankfurt a.M.
- Schroeder, Klaus, 2000: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz. München/Wien.
- Veen, Hans-Joachim, 2012: Wie viel Einheit brauchen wir? Die „innere Einheit“ zwischen Gemeinschaftsmythos und neuer Vielfalt, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Eine normale Republik? Geschichte – Politik – Gesellschaft im vereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 119-136.